

Neujahrsansprache 2004, Berlin

Meine Damen und Herren, liebe Gäste der Deutschen Forschungsgemeinschaft,

Traditionell versucht der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft in dieser Ansprache, die Rolle seiner Organisation im Forschungssystem in Deutschland und in dem, was man als den „Europäischen Forschungsraum“ bezeichnet, zu analysieren.

Ich will jeweils ein paar Worte zu den Themen Innovation, Europa, Eliteuniversität und der Finanzierung der DFG sagen.

Ich begrüße es sehr, dass das Thema „Innovation“ nun wieder durch die Bundesregierung in die deutsche Öffentlichkeit gebracht wurde. Ich erinnere daran, dass sogar die Bundestagsfraktion der GRÜNEN zu diesem Thema schon im Mai 2003 ein kluges Papier präsentiert hat. Natürlich weiß ich genauso gut wie Sie alle, dass das Thema nicht neu ist. Dennoch ist es wichtig, die Öffentlichkeit immer wieder einmal darauf aufmerksam zu machen, dass Innovationen von der Art, wie wir sie uns alle wünschen, eine Innovationskultur voraussetzen. Dazu zählen nicht nur wissenschaftliche Exzellenz, sondern auch die richtigen gesetzlichen, strukturellen und auch ethischen Rahmenbedingungen. Bei allen Diskussionen über die finanzielle Verbesserung der Situation der Forschung in Deutschland wird es wichtig bleiben, auch diese im Blick zu behalten.

Und nun zu Europa: Unsere deutschen und europäischen Ansprüche in Sachen Exzellenz der Forschung sind hoch. Auf ihrem Gipfel in Lissabon im Jahre 2000 haben es sich die Staats- und Regierungschef der EU-15 Länder zum Ziel gesetzt, bis 2010 das „wettbewerbsfähigste und dynamischste auf Wissen basierte Wirtschaftssystem der Welt“ zu werden. Ein gleichermaßen erstrebenswertes wie hohes Ziel, denn es würde bedeuten, bis zu diesem Zeitpunkt die USA zu überrunden. Davon sind die EU-15, geschweige denn die EU-25, weit entfernt. Forschung und Entwicklung sind die Triebfedern der Wissensproduktion und damit die Voraussetzung für die Bereitstellung von wirtschaftlich wertvollem Wissen. Dennoch erlaubt es sich Europa, den Abstand zwischen den USA immer mehr wachsen zu lassen. Ich will das an ein paar Beispielen festmachen:

1: Der Anteil der Wissenschaftler pro Tausend Beschäftigte liegt in den USA knapp über 8, in den EU-15 bei 5,7 und in den Beitrittsländern bei 3,5. Der Flaschenhals ist bekannt, nämlich die Wirtschaft, die in Europa 50 % aller Wissenschaftler, in den USA 80 % aller Wissenschaftler beschäftigt.

2: In die USA fließen 30 % mehr F & E-Ausgaben der europäischen Wirtschaft, als diese selbst in Europa investiert. Offensichtlich erscheinen ihnen ihre Gelder im US-Forschungsraum besser angelegt, als im europäischen Forschungsraum!

3: Die Ausgaben für Wagniskapital zur Finanzierung von Start-Up Unternehmen erreichen in den EU-15 nur knapp 49 % der entsprechenden Ausgaben in den USA. Auch wird der ROI höher eingeschätzt, wesentlicher höher als in Europa.

4: In absoluten Zahlen betrug der Abstand zu den F & E Ausgaben zwischen den USA und den EU-15 im Jahre 2001 etwa 141 Milliarden Euro. Wenn man diesen Unterschied auf den deutschen Anteil herunterrechnet, und berücksichtigt, dass der Anteil der öffentlichen Hand an den F & E Ausgaben bei uns etwa ein Drittel beträgt, so fehlen uns danach 12 Mrd Euro pro Jahr, die die öffentliche Hand aufzubringen hätte¹.

¹ Die Zahlen stammen aus „Key Figures 2003-2004“ der EU-Kommission

5: Zurück nach Europa. In den letzten 15 Jahren sind 101 Nobelpreise für Physik, Chemie und Medizin verliehen worden. Davon gingen 68 in die USA und nur 23 nach Europa. Auch diese Zahlen müssen nachdenklich stimmen, denn natürlich sind wir in Europa nicht dümmer als die Amerikaner.

Die Frage ist, wie Deutschland, wie eine Forschungsförderorganisation wie die DFG mit diesen Defiziten umgeht. Was wäre wohl zu tun, aus unserer Sicht? Ich will diese Aufgabe an drei Punkten festmachen:

Einmal müssen die nationalen Forschungsorganisationen selbst aktiv werden, denn sie geben mindestens zehn Mal mehr Geld aus als die EU. Für Defizite im Europäischen Forschungsraum sind daher sie an allererster Stelle verantwortlich, oder genauer gesagt, die Rahmenbedingungen, unter denen sie arbeiten. Nehmen wir ein Beispiel: Zwei Wissenschaftler, in Konstanz und in Zürich, wollen zusammen arbeiten. Der Deutsche stellt einen Antrag bei der DFG, der Schweizer beim Schweizer Nationalfonds (SNF). Beide Organisationen werden die Anträge zu unterschiedlichen Zeiten, mit unterschiedlichen Prioritäten und wahrscheinlich auch mit unterschiedlichen Gutachtern begutachten. In den USA wäre das leichter. Man stellt eben gemeinsam einen Antrag bei der NSF oder den NIH. Die europäischen Forschungsorganisationen haben diese Probleme erkannt. Und so haben wir mit den schweizerischen, holländischen und österreichischen Partnerorganisationen bereits Vereinbarungen getroffen, die die jeweiligen Begutachtungsverfahren anerkennen.

Wie steht es um Berufungen von Wissenschaftlern zwischen verschiedenen europäischen Ländern, die insgesamt gesehen durchaus wünschenswert sind? Kann man da seine Forschungsmittel mitnehmen? Lange Zeit nicht! Jetzt kann man, aber nur in den seltenen Fällen, in denen wir ein bilaterales Abkommen mit den Partnerorganisationen haben, also mit der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und mit einem Council im UK, nämlich dem EPSRC. Wir nennen dieses Programm „money follows people“. In den wenigen Fällen, in denen es angewandt wurde, haben wir alle große Dankbarkeit geerntet.

Lässt es sich vielleicht ausdehnen? Im vergangenen Jahr wurde ich urplötzlich und unerwartet zum Sprecher der Vorsitzenden der Europäischen Forschungsorganisationen gewählt. Eigentlich war Deutschland gar nicht an der Reihe. Unerwarteterweise haben aber die Vorsitzenden der Organisationen in Spanien, Italien, Frankreich im vergangenen Jahr ihre Ämter verloren. So war plötzlich niemand anderes mehr übrig und so werde also ich nun versuchen, die beschriebenen, bilateralen Abkommen auf andere Länder auszudehnen. Dies wird nicht einfach sein. Daher bitte ich alle Beteiligten, vor allem auch die Vertreter unserer Nachbarländer, uns bei diesen schwierigen Diskussionen zu helfen.

Eine zweite Verbesserung innerhalb des europäischen Forschungsraums scheint sich mit der Diskussion um den sogenannten *Europäischen Research Council* anzubahnen. Viele Akteure im europäischen Forschungsraum haben inzwischen erkannt, dass die Grundlagenforschung zum Stiefkind der europäischen Forschungsförderung geworden ist. Schon in der dänischen Präsidentschaft 2002 hatten zu diesem Thema Konferenzen stattgefunden, um der Frage nachzugehen, wie ein solches *Council* auszusehen hätte. Eine noch von der dänischen Präsidentschaft eingesetzte Arbeitsgruppe, die so genannte *Majorgruppe*; sollte die entsprechenden Ergebnisse zusammen fassen. Leider ist sie erst Ende Dezember mit einem Papier übergekommen. Die EU-Kommission wollte so lange nicht warten. Kommissar Busquin hat daher den Vorsitzenden der nationalen Forschungsförderorganisation um Argumentationshilfe gebeten. Wir haben ihm diesen Wunsch kurzfristig erfüllt.

Inzwischen haben wir den Eindruck, dass die Kommission sich entschieden hat, tatsächlich ab 2007, also für das 7. Rahmenprogramm, ein solches Förderinstrument einzurichten. Es soll allein auf wissenschaftlicher Exzellenz beruhen, auf einem unabhängigen, von der Wissenschaft selbst betriebenen Gutachtersystem, also an ganz langer Leine. Wir begrüßen das und werden es auf allen Ebenen tatkräftig unterstützen. Und natürlich hoffen wir darauf, dass der Ministerrat zustimmt und im Laufe dieses Zustimmungsverfahrens keine wissenschaftsfremden Kriterien dazukommen.

Das Thema Exzellenz beschäftigt uns derzeit auch in Deutschland. Die DFG hat im Sommer 2003 zum dritten Mal ein Ranking veröffentlicht, das beschreibt, wohin unsere Fördermittel gehen. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass die uns anvertrauten Mittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, im Gegenteil. Es gibt deutliche Leistungsgradienten, ob man nun ganze Hochschulen anschaut, oder auch einzelne Fachgebiete. Interessanterweise entspricht dieses Ranking sehr gut einem gerade eben von der Jiao Tong University in Shanghai publizierten Ranking der weltweit besten Universitäten. In diesem Ranking, das auf Nobelpreisen, Zitierindexen und ähnlichem beruht, findet sich unter den ersten fünfzig nur eine einzige deutsche Universität, nämlich an Platz 48 die LMU München, hinter den bekannten amerikanischen und englischen Universitäten, aber eben auch hinter der ETH Zürich, dem Karolinska Institut in Stockholm und der Universität Utrecht. Auf den Plätzen 50 bis hundert folgen dann immerhin vier weitere deutsche Universitäten, nämlich Heidelberg, Göttingen, die TU München und die FU Berlin, alles die üblichen Verdächtigen, genau wie im DFG-Ranking.

In den letzten Tagen ist das Thema *Eliteuniversitäten* von der Bundesregierung und besonders auch von der Bundestagsfraktion der SPD aufgegriffen worden. Ich begrüße diese Debatte sehr, denn die Universitäten sind meiner Meinung nach die großen Verlierer der gegenwärtigen Mittelverteilungsdiskussionen. Dabei ist ihre Funktionsfähigkeit der Ausgangspunkt aller Exzellenz, denn nur sie haben den Zugriff auf den Nachwuchs, der letztlich das einzig Zuverlässige ist, was wir jetzt schon über die Zukunft sagen können. Für sie muss etwas getan werden. Hier also müssen wir ansetzen, damit wir nicht damit enden, dass die Universitäten nur noch für die Lehre zuständig sind, die Forschung aber anderswo geschieht.

Was wäre zu tun? Was macht eigentlich Eliteuniversitäten aus? Warum sind eigentlich die ETH Zürich oder die Universität Oxford so gut? Weil sie im Hauptstudium und während der Promotion ein gutes Betreuungsverhältnis aufweisen. Wir schlagen also vor, die besten unserer Universitäten zu Graduiertenschulen werden zu lassen. Die DFG hat glänzende Erfahrungen mit ihren Graduiertenkollegs gemacht, die MPG seit kurzer Zeit auch mit ihren „International Research Graduate Schools“. Warum also das System nicht weiterentwickeln? Warum also statt Kollegs mit 20 Studenten nicht *Graduiertenschulen* für bis zu 200 Studenten ausschreiben, die auf diese Weise erst richtig interdisziplinär würden und auf das Hauptstudium in Form von Forschungsstudiengängen auszustrahlen hätten. Solche Schulen würden ausgeschrieben, so dass sich im Wettbewerb der Ideen die besten Konzepte durchsetzen. Diese würden dann an vielleicht sechs bis zehn existierenden Universitäten gefördert. Hoch leistungsfähige Universitäten, wie wir sie in Deutschland durchaus besitzen, erhielten dadurch die Möglichkeit, sich zu Eliteuniversitäten weiter zu entwickeln. Der Bund müsste hier allerdings einen längeren Atem haben, als bei den UMTS geförderten Projekten, also nicht nur für drei Jahre fördern, sondern für vielleicht zehn Jahre, auf jeden Fall aber befristet. Ich glaube nicht, dass man Eliteuniversitäten einfach dekretieren kann und auch wird durch Geld allein nicht entstehen lassen können. Wettbewerb muss sein.

Das bringt mich zu einem zweiten Vorschlag, nämlich einem Ausbau der leistungsbezogenen Zuwendungen an die Universitäten. Bund und Länder könnten sich dazu entschließen, gezielt zusätzliche, leistungsbezogene Zuweisungen auf der Grundlage von Drittmittelzuweisungen (DFG, EU-Mittel, Wirtschaft) an die jeweiligen Empfängerhochschulen (nicht an den erfolgreichen Antragsteller) zu erteilen. Der Bund würde sich im Rahmen einer Modellbildung, möglicherweise auch befristet, an einer solchen Aktion beteiligen, um auf diese Weise den besten Universitäten noch bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Diese Vorgehensweise hätte auch eine gewisse Breitenwirkung, da nicht nur die Universitäten mit den erfolgreichsten Antragstellern besonders berücksichtigt würden (bei der DFG erhalten die 17 besten Universitäten bereits 50% der Mittel), sondern auch bislang noch nicht bestens ausgewiesene Universitäten auf Grund von Schwerpunktbildungen die Chance hätten, in die Spitze vor zu stoßen.

Mir ist natürlich bewusst, dass Exzellenz längst nicht nur Geld bedeutet. Wir benötigen Stipendiensysteme, die über das Bafög hinaus führen, wir müssen mit unseren ausländischen Elitögästen besser umgehen, die Berufungsverfahren transparenter machen und wir müssen natürlich den BAT flexibilisieren. So hoffe ich und wünsche mir, dass die jetzt angelaufene Diskussion nicht abflaut, und dass wir auf diese Weise vielleicht noch einige andere entgleiste Wagen des Zuges „Forschungssystem“ wieder zurück aufs Gleis setzen können, damit er dann am Ende wieder mit Höchstgeschwindigkeit zu fahren in der Lage ist. Wir jedenfalls möchten Hilfestellung geben, wo wir können. Der Haushaltsentwurf 2005 wird zum Prüfstein für die Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Felde werden.

Zum Thema Exzellenz gehört vielleicht auch die Diskussion über die Gründung einer Nationalen Akademie der Wissenschaften. Das Thema ist nicht neu. 1652 wurde die Leopoldina, 1660 die Royal Society gegründet. Es heute, gut 352 Jahre später wieder einmal zu versuchen, hängt mit dem Wunsch zusammen, in Deutschland eine Stimme der Wissenschaft zu schaffen. Ich halte dies für einen Irrweg. Es wird die Stimme der Wissenschaft nie geben. Selbst wenn der Senat der DFG eine Meinung äußert, wozu ihn immerhin seine Satzung legitimiert, wird es beliebig viele andere Stimmen geben, die widersprechen. Die Kakophonie ist Prinzip einer Wissenschaft in einem freien Land, das Meinungs- und Pressefreiheit hochhält. Wo es ein wenig Bedarf gibt, ist offenbar auf der Ebene der Gelehrtenesellschaft. Die Akademien des Auslands wünschen sich einen Ansprechpartner. Zu diesem Zweck könnten sich die existierenden Akademien, die Leopoldina, die Union der Länderakademien und die neu gegründete Akademie der Ingenieurwissenschaften zusammenschließen, zu den „Deutschen Akademien der Wissenschaften“. Das würde ich für sinnvoll halten. Nun will man aber gar nicht eine neue Gelehrtenesellschaft schaffen, sondern ein Gremium aus angesehenen Wissenschaftlern, Vertretern der Wissenschaftsorganisationen, Vertretern der Politik und des öffentlichen Lebens, eine Art Loja Jirga der Wissenschaft, einen Rat der Wissenschaft. Einen Rat der Wissenschaft? Haben wir nicht schon so etwas wie einen Wissenschaftsrat? Wollen wir hoffen, dass der Wissenschaftsrat, wenn er bald über diese Frage entscheidet, abstimmt, das Klonen des Wissenschaftsrats zu verhindern!

Aber verlassen wir nun das Seniorenwolkenkuckucksheim für unsere Altvorderen, und wenden uns denjenigen zu, die tatsächlich die Wissenschaft in Deutschland vertreten, nämlich die 29.000 Diplomanden und Doktoranden, die die DFG zu jeder Zeit an unseren Universitäten und Forschungseinrichtungen fördert. Sie verdienen unser aller Aufmerksamkeit, denn sie haben es nicht leicht. Die DFG ist dankbar dafür, für dieses Jahr eine Haushaltssteigerung von 3 % erhalten zu haben. Das war und ist wichtig, denn wegen

steigender Antragszahlen sinkt die Bewilligungsquote immer mehr, zuletzt auf ca. 33 %, in vielen Fächern unter 20 %. Die Schere zwischen den an den Universitäten ausgesprochenen Kürzungen und den Steigerungen, die die DFG erfährt, und von denen sie knapp 90 % an die Universitäten weiter gibt, klafft immer weiter. Deswegen, und hier schließt sich der Kreis, ist es so wichtig, dass wir uns um die Universitäten kümmern. Wir hoffen darauf, dass es im nächsten Jahr die Wirtschaftslage erlaubt, uns mehr als drei Prozent Steigerung zu geben. Und selbst, wenn es sie nicht erlaubt. Sie kann gar nicht so schlecht werden, dass man nicht der Spitzenforschung an unseren Universitäten, die in unserem Hauptausschuss mit Zustimmung der Vertreter der Geldgeber diagnostizierten 6 % Steigerung gewährt. Sie alle können und müssen uns dabei helfen.

Ich halte es in diesen Fragen mit Martin Luther. Als Optimist, der er anscheinend war, wird von ihm der Satz kolportiert: „Wenn ich wüsste, dass morgen der Weltuntergang wäre, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen“. Der Weltuntergang steht nicht bevor, vielmehr die Verleihung der Leibnizpreise der DFG, als unser nächstes großes Fest hier in Berlin. Ich freue mich darauf, Sie gegebenenfalls dort wieder zu sehen.

Nun habe ich noch eine Überraschung. Sie haben sich vielleicht schon eine Weile gefragt, wer oder was sich hinter dem Tuch hier neben mir verbirgt es handelt sich um einen Überraschungsgast, aber nicht wirklich um einen Klon des DFG-Präsidenten, sondern um eine Art Kumpel, die Kopie einer Spezies, die sonst nur in Wäldern, Kinderzimmern und eben in Berlin zu Hause ist.

Gestaltet wurde der „Wissenschaftsbär“ von einer jungen Geisteswissenschaftlerin, die sowohl in der Forschung als auch in der Kunst bewandert ist. Ein ganz besonderes Dankschön daher an Frau Gerlach. Sie, liebe Gäste sind alle herzlich eingeladen, Ihre Spuren in Form einer Unterschrift auf dem Wege in das Neue Jahr zu hinterlassen und sich als Freunde der Wissenschaft auf seinem Bauch und Kragen zu verewigen.

Ich wünsche uns für die kommenden Stunden interessante Begegnungen, anregende Gespräche und eine fröhliche Zeit. Für das Neue Jahr wünsche ich Ihnen und uns, dass ein *annus mirabilis* für die Wissenschaft in Deutschland werden möge, kurz gesagt, ein „bäriges“ Jahr.

Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft